



Mit deutschem Geld finanzierte Kinoproduktionen: *Blindlings* Milliarden in die vermeintlichen Geldmaschinen gepumpt

MEDIENFONDS

Apocalypse now

Dem Milliardengeschäft mit steuersparenden Medienfonds, die Hollywood bisher billiges deutsches Geld bescherten, droht das Aus. Auf die Banken rollt eine Klagewelle zu, Staatsanwälte ermitteln wegen Anlagebetrugs, und die Finanzämter zwingen die Anleger zu Nachzahlungen.

Am Donnerstag vergangener Woche flammte in einem Münchner Luxushotel noch einmal Stimmung auf wie in alten Zeiten: Vertreter des Medienfonds GFP schwärmten von den stattlichen staatlichen Subventionen für die Filmindustrie. „Die steuerliche Verlustzuweisung liegt für 2005 bei etwa 140 Prozent“, flüsternten sie ihren Vertriebsstruppen zu.

Dann trat ein Anwalt auf, spezialisiert auf die Abwehr von Schadensersatzansprüchen, wenn sich die großzügigen Versprechen eines Fonds mal wieder in Luft aufgelöst haben. Daneben ergingen sich lustige Menschen von der Produktionsfirma Rat Pack und zeigten erste Bilder des Kino-Hoffnungsträgers „Hui Buh – Das Schlossgespenst“.

Richtig gruseln müssen sich eigentlich nur bundesdeutsche Finanzpolitiker. Denn auf solchen Veranstaltungen soll noch mal ordentlich Kasse gemacht und der Fiskus fröhlich umgangen werden – bevor es Mitte November womöglich endgültig vorbei ist mit dem Steuersparparadies Hollywood.

Selbst die Branche rechnet bei den jetzigen Koalitionsverhandlungen in Berlin mit einem Aus der Verlustzuweisungsmodelle, die Besserverdienern bislang ebenso raffinierte wie glamouröse Schlupflöcher boten.

„Es herrscht Schlussverkaufsstimmung“, sagt der Fondsexperte Stefan Loipfinger und prognostiziert, dass die hiesigen Filmfonds dieses Jahr noch mal 2,5 Milliarden Euro einsammeln werden. Rund 13 Milliarden Euro flossen in den vergangenen Jahren in die Medienfonds. Selbst staats-eigene Investitionsbanken heizten den Boom an und pumpften Millionen rein.

Dem Fiskus entgingen so erst mal Steuereinnahmen von etwa sieben Milliarden Euro, weil die Herstellungskosten für die Filme steuerlich geltend gemacht werden können. Rund 80 Prozent des Kapitals wurden direkt nach Hollywood weitergereicht. Von „Herr der Ringe“ über „Terminator 3“ bis zu „Aviator“ – viele Hollywood-Produktionen wurden mit billigem Geld deutscher Steuerflüchtlinge finanziert.

Doch ob die Besserverdiener auch langfristig ein gutes Geschäft gemacht haben, ist in vielen Fällen zweifelhaft. Seit kurzem kümmern sich Staatsanwälte akribisch um viele Abschreibungsobjekte. Finanzbehörden kassieren reihenweise die Steuervorteile ein. Zudem hielten nur die wenigsten

Fonds ihre großzügigen Renditeversprechen. Im Gewerbe herrscht Apocalypse now. Ein filmreifes Desaster bahnt sich an.

Seit Anfang Oktober sitzt Andreas Schmid in Untersuchungshaft. Der Münchner Oberstaatsanwalt Stephan Reich wirft ihm und seinen Mitgeschäftsführern Steu-



VIP-Chef Schmid (l.), US-Filmprominenz*
Star unter den Jongleuren

* Mit der Regisseurin Patty Jenkins und dem Produzenten Mark Damon bei der Berlinale-Premiere von „Monster“ am 8. Februar 2004.



Herr der Ringe Teil 3

Investitionssumme

ca. **180** Mio. €

Fonds: Lord Dritte
Produktionsgesellschaft
Firma: Hannover Leasing



Terminator 3

Investitionssumme

ca. **50** Mio. €

Fonds: IMF3
Firma: DCM AG

erhinterziehung und Anlagebetrug vor. Schmidts Verhaftung versetzte die ganze Branche in Aufruhr. Schließlich galt der Chef der VIP Gruppe als Star unter den Jongleuren. Allein 2004 hatte sein VIP Fonds 4 rund 410 Millionen Euro eingesammelt und war damit dank einer Vertriebskooperation mit der Commerzbank zum Marktführer aufgestiegen.

Schmidts Trick: Er garantierte seinen Anlegern am Ende der Laufzeit seines Fonds 4 einen Gesamterlös von 115 Prozent, bezogen auf das Kommanditkapital. Auf der Homepage von VIP findet sich ein Schreiben der HypoVereinsbank, in dem die sich verpflichtet, „Schlusszahlungen aus Lizenzverträgen in Höhe von insgesamt 449,3 Millionen Euro“ zu leisten. Beim VIP Fonds 3 übernahm die Dresdner Bank eine ähnliche Garantie.

Damit ist das Risiko für die Anleger, dass ihr Geld wie bei vielen anderen Fonds ein-

fach in Hollywood verpufft, nahezu ausgeschlossen. Allerdings fragten sich manche Experten, was den Banken gezahlt werden musste, damit sie die Risiken im Haifischbecken der amerikanischen Traumfabrik übernahmen.

Die Staatsanwälte fanden darauf eine verblüffend simple Antwort: „Der größte Teil der eingesammelten Gelder hat die beiden Banken nie verlassen“, sagt Oberstaatsanwalt Reich. Es wurde auf Anlagekonten geparkt und finanzierte das Zahlungsverprechen der Banken. In internen Unterlagen von VIP wird sogar davon gesprochen, dass etwa 80 Prozent der eingesammelten Gelder von einem „Distributeur“ den Banken für ihre Garantie zur Verfügung gestellt werden mussten.

Dummerweise verlangen die Steuerbehörden aber ausdrücklich, dass die Anleger mit ihrem Kapital ins unternehmerische Risiko gehen müssen. Die Staatsanwälte diagnostizieren Steuerhinterziehung hinter der Park&Hide-Konstruktion.

Die Produktion von Filmen wie „Monster“, für dessen Hauptrolle Charlize Theron einen Oscar bekam, gehörte bei VIP vor allem zur schönen Glitzerfassade. Die Anleger, die mit dicken Steuernachforderungen rechnen müssen, sind von Schmid aus Sicht der Strafverfolgungsbehörden ebenfalls geschädigt worden. Die sogenannten weichen Kosten lagen beim VIP Fonds 4 bei rund 17 Prozent. Die Staatsanwaltschaft geht zudem dem Verdacht nach, dass auch in den USA Gelder zu Schmid verschoben wurden.

Schmidts Anwalt Michael Reinhart bestreitet die Vorwürfe. „Es ist ein steuerrechtlicher Streit, aber das Strafrecht hat dabei nichts zu suchen“, sagt er. Vergleichbare Garantiestrukturen seien „von vielen großen Anbietern im

Markt praktiziert“ worden, heißt es bei VIP – und das stimmt sogar.

GFP-Chef David Groenewold beispielsweise verspricht für seinen aktuellen Fonds die Absicherung der Erstinvestition zu 103 Prozent durch eine deutsche Großbank. „Aber wir haben immer die Gelder in die Produktion von Filmen gesteckt“, versichert der Fondschef. Die Lizenznehmer haben dann, so Groenewold, nach Fertigstellung des Films die Lizenzgebühren hinterlegt, damit die Bank ihre Garantie ausprechen konnte.

Die Garantien sind der Grund, weshalb die Anleger beinahe blind Milliarden in die vermeintlichen Geldmaschinen pumpften. Die Fondsmanager lockten nicht nur mit immensen Steuervorteilen, sondern versprachen in ihren Verkaufsprospekten auch regelmäßig eine Rendite mit wenig Risiko – nicht selten reine Gaukelei.

„Grundproblem vieler Filmfonds ist es, dass den Anlegern Absicherungsmechanismen versprochen wurden, die entweder gar nicht bestanden, nicht funktionierten oder nicht die im Prospekt dargestellte Höhe der Einlage des Anlegers absicherten“, sagt Juristin Katja Fohrer von der Münchner Kanzlei Mattil & Kollegen.

Das System der Erlös-Ausfallversicherung, mit dem man sich gegen Verluste aus geflopten Filmproduktionen schützen wollte, sei zuvor in der Praxis vermutlich nie erprobt und „von den Initiatoren blindlings in die Prospekte aufgenommen“ worden, sagt Fohrer, die im Auftrag von über 300 Anlegern gegen Banken und Fonds prozessiert.

Prominentestes Beispiel für die Scheinsicherheit sind die Cinerenta Medienfonds II und III mit einem Volumen von 215 Millionen Euro – zu den Gesellschaftern der Fondsgruppe gehörte unter anderem eine Firma des schillernden Mittelstands-Lobbyisten Mario Ohoven. Das vermeintliche Aufganznetz der New England International

Eigenkapital

der deutschen Medienfonds
in Milliarden Euro,
kumulierte Werte

Quelle: Stefan Loipfinger



Surety Inc. (NEIS) mit Sitz in Panama ließ die Anleger lange ruhig schlafen.

Inzwischen sind die Geldgeber in einem Alptraum erwacht, ein Zugriff auf die NEIS und ihre millionenschweren Zahlungsverpflichtungen scheint unmöglich. Münchner Staatsanwälte ermitteln unter anderem gegen den Fondstreuhand, eine renommierte Anwaltskanzlei.

Obwohl das Bundesaufsichtsamt für Versicherungswesen bereits 1997 vor unsauberen Praktiken der NEIS warnte, war laut Fohrer „im Prospekt kein entsprechender Hinweis vorhanden“. Kurze Zeit später verdächtigte die amerikanische Aufsichtsbehörde die NEIS, Teil eines Schneeballsystems zu sein.

Nicht nur Wirtschaftsprüfer, sondern auch viele deutsche Banken sahen über solch wenig vertrauenerweckende Zeichen jahrelang großzügig hinweg. Einige Institute könnten das nun teuer zu stehen kommen. Immer mehr geschädigte Anleger zerren ihre Hausbank vor Gericht und fordern Schadenersatz. Eine wahre Klagewelle rauscht auf die Commerzbank zu, die den Vertrieb von VIP-Fonds eingestellt hat. Und selbst die Chefs so edler Adressen wie des Düsseldorfer Bankhauses Lampe – Teil des Pudingimperiums Oetker – müssen nun mitunter herbe Niederlagen einstecken.

Vor dem Landgericht München I hatte Anfang des Jahres ein ehemaliger Angestellter der Lampe Bank als Zeuge umfassend gebeichtet. Er gab zu, seinem ehe-



Filmfreund Stoiber*: Zuvorkommende Bayern

maligen Kunden einen Fonds Marke Vif Babelsberger Filmproduktion III mit dem Argument verkauft zu haben, dass durch die Versicherung das „Risiko auf 25 Prozent der Anlagesumme beschränkt“ sei.

In Wirklichkeit war eine solche Versicherung seitens des Fonds gar nicht abgeschlossen worden, wie laut Gericht dem Verkaufsprospekt zu entnehmen war. Lampe wurde zu einer Schadenersatzzahlung von über 50.000 Euro verurteilt. Die Bank gibt „keine Stellungnahme“ ab.

Viele Anleger ahnen jedoch, dass ihre Gelder wohl nicht nur aufgrund dubioser Versicherungsstrukturen oder aberkannter Steuervorteile weitgehend verloren sind. Hiesige Medienfonds gelten in der Filmszene als unprofessionell gemanagte Vehikel. „Stupid german money“, lästern Hollywoods Drahtzieher gern. Das sind „oft reine Selbstbedienungsläden“,

glaubt der Wirtschaftsdetektiv Medard Fuchsgruber, der den Spuren der verlorenen Vermögen folgt. Ausländische Vertriebs- und Produktionsfirmen würden ebenso die Hand aufhalten wie das Fondsmanagement.

Im bayerischen Kaufbeuren kämpfen Wirtschaftsprüfer regelmäßig mit den Widrigkeiten des internationalen Geschäfts. Victory-Chef Franz Landerer, einst gestartet mit dem Vertrieb von Anteilen am Zeichentrickfilm „Willy Wühlmaus“, ließ das Gros der Produktionen über die holländische Global Entertainment Production BV laufen. Deren Muttergesellschaft sitzt auf Curaçao – Eigentümer unbekannt.

Viele Victory-Fonds sitzen auf hohen Forderungen gegen Global. Doch „auf Grund fehlender Unterlagen wie Jahresabschlüsse etc. kann die Vermögens-, Fi-

nanz- und Ertragslage von Global nicht abschließend beurteilt werden“, schrieben Wirtschaftsprüfer in ihrem Bericht zum Geschäftsabschluss 2003 des Victory Fonds 21. „Uns liegen keine Kenntnisse über eine Zahlungsunfähigkeit vor“, sagt Landerer, dennoch habe man sich „proaktiv“ entschlossen, Wertberichtigungen vorzunehmen.

Wie schnell man in der Branche den Überblick verlieren kann, müssen auch die Gesellschafter des MBP Fonds II der Münchner Medienbeteiligungs- und Produktionsgesellschaft schmerzhaft erfahren. Den Weltvertrieb für Filme wie „Taking Sides“ mit Harvey Keitel übergab die MBP-Führung der Beyond Limited. Die börsennotierten Australier ließen sich die Arbeit fürstlich bezahlen. Provisionen von 15 bis 25 Prozent sollen die Regel gewesen sein. Filmeinnahmen? Tröpfeln allenfalls.

„Warum zahlt Beyond nicht?“, fragte ein Anleger bei der Gesellschafterversammlung im Juni. Antwort der Geschäftsleitung: „Dies ist deren Geschäftsmethode, sie sind nur mit juristischem Druck zu Zahlungen zu bewegen.“ Forderungen in Millionenhöhe liegen in Australien vor Gericht. Inzwischen toben auch innerhalb der MBP-Fondsgruppe, die mit ihren 2000 Anlegern und einem Vermögen von über 100 Millionen Euro zu den mittelgroßen Akteuren gehört, erbitterte Grabenkämpfe. Kürzlich tauchten in den Büros gar Bodyguards und Polizisten auf.

Der eloquente Fonds-Geschäftsführer Rainer Mockert, dessen Lebensgefährtin gern Drehbücher liest und gleichzeitig im Aufsichtsrat der MBP Media AG sitzt, gerät unter Druck. Der Staatsanwaltschaft München liegen mehrere Strafanzeigen gegen ihn vor, unter anderem wegen Verdachts auf Untreue und Urkundenfälschung. „Es ist ein umfangreiches und sehr kompliziertes Ermittlungsverfahren gegen Rainer Mockert anhängig“, bestätigt Oberstaatsanwalt Reich. Mockert weist alle Vorwürfe zurück: Es seien keine Zahlungseingänge vorgetäuscht worden; zwei Privatentnahmen aus Fondsvermögen seien „werthaltig ausgeglichen“ beziehungsweise „inklusive Zinsen rückerstattet“ worden.

Und trotz solcher Turbulenzen rechnen die Anbieter der Medienfonds in den nächsten Wochen noch einmal mit einem glänzenden Geschäft. Schon wird bei den Anlegern die Angst geschürt, dass am 18. November alles vorbei ist. Viele rechnen damit, dass dann die Regierungserklärung in Berlin den Fonds das Licht ausbläst.

Einzig die Eitelkeit mancher Politiker könnte dem noch entgegenstehen. Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber umgab sich beim Münchner Filmfest gern mit berühmten Schauspielern. Und fast alle Filmfonds siedelten sich in den vergangenen Jahren in München an. Die bayerischen Finanzbeamten galten immer als besonders zuvorkommend bei der Genehmigung.

BEAT BALZLI, CHRISTOPH PAULY

Die größten Medienfonds

Platziertes Eigenkapital von Medienfonds bis Ende 2004, in Millionen Euro

ALCAS/KGAL Grünwald	1863
Hannover HL Leasing München	1491
LHI Leasing München	1079
Ideenkapital/GVP/Mediastream München	733
VIP Vermögensberatung München	719
Apollo Medien München	460
Cinerenta München	419
CFB Commerz Fonds Düsseldorf	412
DCM Dt. Capital Management München	399
Victory Media Kaufbeuren	382

Quelle: Stefan Löfflinger

* Mit der Schauspielerin Veronica Ferres beim Deutschen Filmball am 17. Januar 2004 in München.